

8. KÖLNER VERGABETAG



Ostfildern macht's vor: Nachhaltige Beschaffung

Dietmar Hage, ehem. Leiter der Rechnungsprüfung der Stadt Ostfildern



„Ostfildern macht es vor – Nachhaltigkeit in der Vergabe“

Dieser Titel meines Beitrags setzt mich gehörig unter Druck, weil er natürlich Ihre Erwartungshaltung steigert.

Den Weg den Ostfildern gegangen ist sind schon viele Kommunen gegangen, es werden immer mehr und das ist gut so.

Ich werde Ihnen von Erfahrungen beim Prozess auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung berichten. Von Initialzündung, Aufbruchstimmung, einem Gemeinderat, dem Unerwartetes widerfährt, einer umgekehrten Bürgerbewegung und einer Stadtverwaltung, die sich selbst Kontrolle verordnet, weil sie weiß Verordnungen sind schnell geschrieben und oft auch genauso schnell wieder vergessen.

Doch der Reihe nach.

Ostfildern ist eine Stadt mit knapp 40 000 Einwohnern in der Nähe der Stadt Stuttgart. 1975 im Zuge der Gemeindereform wurden vier bis dahin selbständige Gemeinden eben zu dieser Großen Kreisstadt Ostfildern zusammengeschlossen. Wenn man sich nun diese vier Gemeinden geographisch vorstellt war in ihrer Mitte das Sperrgebiet einer Kaserne der amerikanischen Streitkräfte. Nach dem Abzug der Amerikaner wurde das Gelände mit einem neuen Stadtteil beplant, dessen Fertigstellung in den letzten Zügen liegt. Dieser neue Stadtteil Scharnhäuser Park genannt spielt in der Nachhaltigkeitsentwicklung der Stadt Ostfildern eine große Rolle.

Bis zu meinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst war ich nach verschiedenen Tätigkeiten zuvor 30 Jahre Leiter der Rechnungsprüfung der Stadt.

Erinnern Sie sich noch an die Jahrtausendwende. Es wurde spekuliert was anschließend nicht mehr funktioniert bis hin zum Weltuntergang. Bekanntlich ist alles weitergegangen wie bisher. Leider muss man in einigen Bereichen feststellen und was den Weltuntergang betrifft schaffen wird den auch ohne Jahrtausendwende.

Aber immerhin ist um das Jahr 2000 herum auch etwas besser geworden nämlich die Möglichkeit der Berücksichtigung sozialer Belange im Beschaffungswesen auch der Kommunen.

Die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO).

**Die Europäische Kommission
Der Bundestag**

Die Landtage der Bundesländer

Das sind die Akteure, die die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen haben.

Rechtmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit waren bis dahin die Kriterien, die bei einer Vergabe oder einer Beschaffung bei einer Stadt anzuwenden waren. Das war die Rechtslage, die bis dahin gegolten hatte.

Mit diesem Paradigmenwechsel im Vergabewesen wurden auch immer mehr Missstände veröffentlicht.

Immer mehr wurden Kinderarbeit in Steinbrüchen und Sklavenarbeit in der Textilindustrie Thema und kamen in das Bewusstsein. Dass sich in dieser Situation nun etwas in Ostfildern geändert hat brauchte es eine Initialzündung oder wenn Sie wollen ein Aha-Erlebnis.

Es gab in der Stadt schon immer Dritte Welt Gruppen, die kirchlich organisiert sich mit fairem Handel auseinandersetzen.

Ende 2009 wand sich eine solche Gruppe an den Oberbürgermeister der Stadt mit der Bitte doch dem Beispiel anderer Städte zu folgen und Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Vergabe- und Beschaffungswesen der Stadt auszuschließen.

Zur selben Zeit war die Stadt damit beschäftigt das frühere Gelände der amerikanischen Streitkräfte in einen neuen Stadtteil umzuwandeln. Aufgrund der Anregung der Gruppen hat die Stadt geprüft woher die Steine kamen, die für den Straßenbau verwendet wurden. Zum Entsetzen stellte man fest, dass sie aus indischer Produktion stammten und damit mit großer Wahrscheinlichkeit durch Kinderarbeit entstanden waren.

Dies war die Initialzündung in Ostfildern sich mit der Möglichkeit des Ausschlusses von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beschäftigen.

Mit der Abfassung einer entsprechenden Beschlussvorlage an den Gemeinderat wurde das Rechnungsprüfungsamt beauftragt. Dies erfolgte aus der Situation heraus, dass das Thema so neu war, dass es bisher noch nicht in der Stadtverwaltung präsent war. Der aus der Laune heraus

entstandene Auftrag hat sich später als kluger Entschluss herausgestellt.

Der Gemeinderat fasste im Mai 2010 einstimmig den Beschluss:

„Bei künftigen Ausschreibungen und Beschaffungen der Stadt finden nur Produkte Berücksichtigung, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der Konvention Nr. 182 der ILO hergestellt wurden.

Als Nachweis können entsprechende Siegel dienen.

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt alle zwei Jahre einen Bericht über die Umsetzung des Beschlusses vorzulegen.

Der Gemeinderat hat den Wunsch und die Hoffnung, dass dieser Beschluss für die Stadtverwaltung auch in der Bevölkerung Nachahmung erfährt.“

Natürlich wurde in der Diskussion im Gemeinderat, die der Beschlussfassung voranging, die unausweichliche Frage gestellt „ Ja tritt durch einen solchen Beschluss nicht eine Verteuerung ein“. Wir haben das Beispiel Kaffee genommen, wo die Tasse schon ein oder zwei Cent teurer werden kann. Diese Verteuerung schien nicht relevant zu sein.

Schließlich habe ich in der Diskussion auch die Frage gestellt, ab welchem Preisunterschied die moralischen und ethischen Bedenken gegen ausbeuterische Kinderarbeit nicht mehr gelten würden.

Der Gemeinderat erlebte dann, dass sein Beschluss einhelliges Lob in der Bevölkerung erfuhr. Für Gemeinderäte ist die Einstimmigkeit und das einhellige Lob aus der Bevölkerung etwas total Ungewohntes.

Zur Umsetzung des Beschlusses erließ der Oberbürgermeister eine entsprechende Dienstanweisung und es wurden die Stammlieferanten angeschrieben und um Erklärungen gebeten, dass ihre angebotenen Produkte nachweislich nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen.

Mit dem ersten Erfahrungsbericht 2012 stellte sich dann der Vorteil der Beauftragung der Rechnungsprüfung heraus. Für den Bericht wurden nicht nur die Mitarbeiter befragt, sondern Akten und Vergabeunterlagen eingesehen und Rechnungsbelege über Beschaffungen gesichtet.

Der Bericht kam durchweg zu einem positiven Ergebnis. Stammlieferanten kamen der Aufforderung zur Abgabe von Erklärungen ohne Ausnahme nach. Wer meint, dass diese Erklärungen nur

deklaratorischen Charakter hätten, täuscht sich, sie sind vielmehr Vertragsbestandteil, der bei einem Verstoß Forderungen nach Schadensersatz nach sich ziehen kann.

Auch bei förmlichen Vergaben konnte festgestellt werden, dass in allen Ausschreibungen entsprechende Formulierungen aufgenommen wurden, dass Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit ausgeschlossen werden.

Mag auch bei Einzelbeschaffungen noch das eine oder andere Mal ein günstiger Preis den Vorzug vor nachweislich nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammenden Produkten erhalten haben, generell kann auch bei Einzelbeschaffungen davon ausgegangen werden, dass der Beschluss des Gemeinderats umgesetzt wird.

Und noch etwas konnte der Bericht feststellen. Nach allen Aussagen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist während der letzten zwei Jahre keine eklatante Verteuerung bei Beschaffungen und Vergaben durch den Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verzeichnen gewesen. Insbesondere im kostenintensiven Baubereich wurde dies versichert.

Stolz zum damaligen Zeitpunkt waren wir besonders, dass der Umbau der Stadthalle in Nellingen mit seinen über 10 Millionen Euro Investitionskosten nachweislich das erste große Bauwerk der Stadt war, bei dem keine ausbeuterische Kinderarbeit beteiligt gewesen ist.

Der Nachfolgebericht 2014 hat dann dieses positive Bild bestätigt.

Trotz des positiven Bildes drei Themen die noch Handlungsbedarf aufzeigen:

Siegel

Grabsteine

Elektronik- und IT Geräte

Auch über die Stadtverwaltung hinaus hat der Beschluss des Gemeinderats Wirkung gezeigt. Die einzelnen Aktionsgruppen in der Stadt haben sich auf Anregung der Stadtverwaltung getroffen und haben

eine „Faire Woche“ initiiert, an der sich neben dem örtlichen Handel auch die Gastronomie beteiligt.

Aus den eingangs erwähnten einzelnen kirchlichen Gruppen hat sich eine Lenkungsgruppe entwickelt, die mit Unterstützung der Stadt, sie ist in dieser Gruppe aktiv vertreten, die Aktionen des fairen Handels in der Stadt koordiniert und vorantreibt. 2015 waren die Kriterien erfüllt und Ostfildern wurde Fair Trade Stadt.

Das hat die Lenkungsgruppe natürlich in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt und so ist der Wunsch entstanden diese Gruppe in einen Verein umzuwandeln. Dies wurde im Juli 2016 mit der Gründung des Vereins „Eine Welt Ostfildern“ umgesetzt. Vereinszweck ist vor allem die Bildungsarbeit in der Stadt in Sachen Fairer Handel insbesondere in Kindergärten und Schulen. Mittelfristiges Ziel ist die Eröffnung eines Weltladens. Der Oberbürgermeister hat den Beitritt der Stadt zum Verein erklärt. Es wird auch jährlich zwischen Stadt und Verein Treffen geben, bei denen die Aktivitäten gegenseitig abgestimmt werden.

Allen Beteiligten war bei der Beschlussfassung im Mai 2010 klar, dass die Umsetzung nicht „durch Schalter umlegen“ möglich sein wird, sondern dass dies einen Prozess darstellt, der das Ziel Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Beschaffungs- und Vergabewesen der Stadt auszuschließen als Ziel eines Weges projiziert auf dem Erfahrungen gesammelt und aber auch immer wieder Fehler gemacht werden, dass das Ziel aber im Focus bleibt und unumkehrbar ist.

Es ist deshalb unumkehrbar, weil alle Akteure in der Stadt in diesen Prozess einbezogen sind und im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitwirken.

So hat sich der Faire Handel zu einem großen Gemeinschaft stiftenden Umstand entwickelt.

Mit zunehmendem Interesse weiterer Städte und Gemeinden an diesem Thema wird es auch immer leichter Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit auszuschließen, weil Produkte mit Zertifikat verstärkt nachgefragt und damit vermehrt angeboten werden.

Welche Bilanz lässt sich nach neun Jahren Ausschluss ausbeuterischer Kinderarbeit ziehen?

Die Absicht soziale Belange in der Vergabeentscheidung zu berücksichtigen ist ein Vorhaben, das buchstäblich die Gemeinschaft

einer Stadt in Bewegung setzt. Dies schafft eine große Zustimmung. Es ist ein Ziel mit dem sich alle identifizieren können, deshalb schafft es ja Gemeinschaft. Nach der Beschlussfassung haben sich zahlreiche Bürger an die Gemeinderäte mit Lob gewandt. Eine durchaus seltene Erfahrung für Mandatsträger. Es entsteht eine Bewegung, bei der die unterschiedlichsten Menschen und Einrichtungen ein gemeinsames Ziel formulieren. Und dieses ist auch notwendig, wenn Sie es ernst mit dem Ausschluss von ausbeuterischer Kinderarbeit oder der Implementierung von sozialen Belangen in ihre Vergabeentscheidungen meinen.

Was möchte ich Ihnen aus der Erfahrung Ostfilderns mit auf den Weg geben?

1. Der Einstieg ist eminent wichtig. Suchen Sie sich ein Thema, das die größtmögliche Unterstützung hat. Steigen Sie ein mit dem Anspruch Wir möchten eine nachhaltige Entwicklung einleiten, lösen Sie Diskussionen aus, was ist nachhaltig, wem nutzt das das bringt doch sowieso nichts. Deshalb vergessen Sie es. Nehmen Sie den Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit, haben Sie einen Einstieg, auf dem sich aufbauen lässt. Wenn sich dann noch eine Initialzündung ergibt umso besser.

2. Wählen Sie kleine Schritte. Damit nehmen Sie viele mit auf den Weg.

3. Lassen Sie sich die Zeit auf dem Weg des Prozesses. Wenn Sie sich mit Nachhaltigkeit beschäftigen, werden Sie viel Ungerechtigkeit, viel Widersinniges und viel entdecken, das Ihnen als Vater oder Mutter mit Blick auf Ihre eigenen Kinder den Magen umdrehen lässt. Da hat man schnell das Bedürfnis aktiv zu werden.

4. Ziehen Sie von Zeit zu Zeit Bilanz. Wo stehen wir, wo wollen wir hin, was sind die nächsten Schritte.

Woran erkennen Sie, dass Sie auf dem richtigen Weg sind?

Unter anderem daran, dass in Ihrer Umgebung künftig immer mehr um das Angebot von 2 T-Shirts für 9.99 Euro einen Bogen machen, weil sie wissen, dass Geiz nicht geil, sondern eine blöde Werbung auf Kosten anderer ist.